



SPRICHWORT

Gib einem Hungernden einen Fisch,
und er wird einmal satt.
Lehre ihn fischen,
und er wird nie wieder hungern.



Fischerpaar in Sri Lanka.





ENTWICKLUNGSDÉKADEN



Seit 2000
Armutsbekämpfung –
Globale Strukturpolitik

90er-Jahre
Nachhaltige Entwicklung

80er-Jahre
Schuldenkrise und
Strukturanpassung

70er-Jahre
Befriedigung der
Grundbedürfnisse

50/60er-Jahre
Entwicklung als
Wachstum
(Modernisierung)

Vorstellung

Massnahmen

Probleme

Fazit



EXPERT/INNENGROUPE 1

50/60er-Jahre: Entwicklung als Wachstum (Modernisierung)

«... we must embark on a bold new program for making the benefits of our scientific advances and industrial progress available for the improvement and growth of underdeveloped areas. More than half the people of the world are living in conditions approaching misery. Their food is inadequate. They are victims of disease. Their economic life is primitive and stagnant. Their poverty is a handicap and a threat both to them and to more prosperous areas. For the first time in history, humanity possesses the knowledge and skill to relieve the suffering of these people.»

Aus der Antrittsrede des US-Präsidenten Harry S. Truman am 20. Januar 1949.

Quelle: Janda, K. (2009): United States Presidential Inaugural Addresses, 1789–2009. Codebook. Inter-University Consortium for political and social research. URL: <http://www.icpsr.umich.edu> (13.12.2010).

Die 60er-Jahre können als die Geburtsdekade der «Entwicklungshilfe» bezeichnet werden. Harry S. Truman, der erste US-Präsident der Nachkriegszeit, gilt als der «Erfinder» der *Entwicklungszusammenarbeit (EZA)* (vgl. Zitat aus der Antrittsrede). Die Strategien der damaligen Entwicklungshilfe beruhten auf einem wachstumsorientierten Entwicklungsverständnis. Wirtschaftliches Wachstum war das Ziel von Entwicklung – unabhängig von der damaligen ideologischen Ausrichtung eines Landes (kapitalistisch = marktorientiert; sozialistisch = planorientiert). «Die Länder, die gerade von kolonialer Bevormundung unabhängig geworden waren, wollten sich technisch und wirtschaftlich auf das Niveau der Industrieländer hinbewegen» (nachholende Industrialisierung). «Als treibende Kraft der Entwicklung galt dabei die finanzielle und technische Unterstützung durch die Industrieländer, d.h.: «Entwicklung» wurde von aussen gefördert und beeinflusst. Dabei wurden stillschweigend anhaltendes wirtschaftliches Wachstum der Industrieländer sowie uneingeschränkte Nutzung der natürlichen Ressourcen vorausgesetzt. Man nahm an, das Modell der wirtschaftlichen Entwicklung von Industrieländern sei universell anwendbar, ohne Beachtung kultureller, gesellschaftlicher, historischer Begebenheiten und Unterschiede. Und man ging davon aus, dass Einkommenswachstum durch Modernisierung im Industriebereich der *Entwicklungsländer* allmählich auf die breite Schicht der Landbevölkerung durchsickern werde (*trickle-down effect*).» Die Ergebnisse der so angelegten Entwicklungshilfe waren jedoch unbefriedigend.

Quelle: Engelhard, K. (2004): Welt im Wandel. Ein Informations- und Arbeitsheft für die Sekundarstufe II mit ergänzender CD-Rom. Omania, Stuttgart. S. 14.



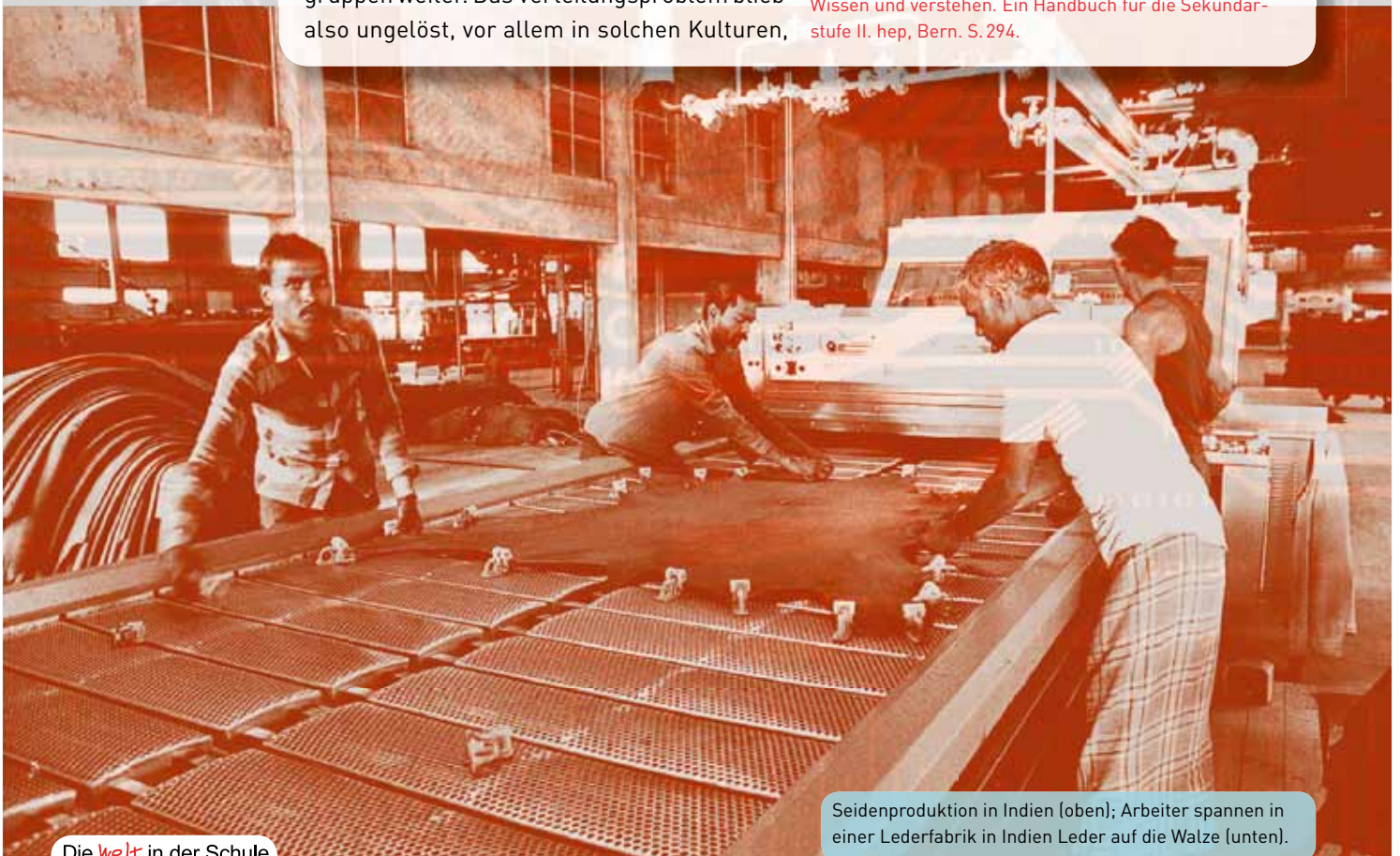


«Dem Entwicklungsbild Modernisierung entsprach die Strategie nachholender Industrialisierung. Sie wurde von der Vorstellung geleitet, «Unterentwicklung» (man sprach damals von «unterentwickelten Ländern») sei vor allem technischer und wirtschaftlicher Rückstand, Entwicklung sei folglich mit Modernisierung und wirtschaftlichem Wachstum gleichzusetzen. Entwicklungsschwerpunkte sollten neben der Industrialisierung Bodenreformen sowie der Ausbau der materiellen Infrastruktur (Verkehrswesen, Kommunikationssysteme) und der sozialen Infrastruktur (Bildungs- und Gesundheitswesen, Familienplanung) sein. Schon Ende der 60er-Jahre stellte sich heraus, dass die Länder der (damals so genannten) «Dritten Welt» sich sehr unterschiedlich entwickelten. In einigen war die Strategie der Modernisierung erfolgreich, bei den meisten jedoch blieben die erwarteten Erfolge aus. Und selbst dort, wo wirtschaftliches Wachstum einsetzte, öffnete sich in vielen Fällen die Einkommensschere zwischen den reichsten und ärmsten Bevölkerungsgruppen weiter. Das Verteilungsproblem blieb also ungelöst, vor allem in solchen Kulturen,

die ein westliches Gleichheits- und Allgemeinwohlverständnis nicht kennen.

Wirtschaftliches Wachstum, so stellte sich heraus, lässt sich eben nur in begrenztem Masse von aussen beeinflussen und schon gar nicht «verordnen». Es ist vielmehr stark an entwicklungsfreundliche Bedingungen und Eigenanstrengungen im Land selbst gebunden. Die Erwartungen, die man in die modernisierungsorientierte Entwicklungsstrategie gesetzt hatte, wurden also nur zum Teil erfüllt: Einerseits blieb der erwartete Durchsickereffekt von Einkommensverbesserungen nach unten, zur Masse der Bevölkerung, in den meisten Entwicklungsländern aus; Nutzniesser blieben vorwiegend die politischen und wirtschaftlichen Eliten. Andererseits entstand wirtschaftliches Wachstum regional uneinheitlich; in manchen Ländern, vor allem in den ärmsten, blieben die Erfolge ganz aus, oder es kam gar zur Ausdehnung von Armut und Verschuldung.»

Quelle: Egli, H.-R. & Hasler, M. (Hrsg.) (2010): Geografie. Wissen und verstehen. Ein Handbuch für die Sekundarstufe II. hep, Bern. S. 294.



Seidenproduktion in Indien (oben); Arbeiter spannen in einer Lederfabrik in Indien Leder auf die Walze (unten).

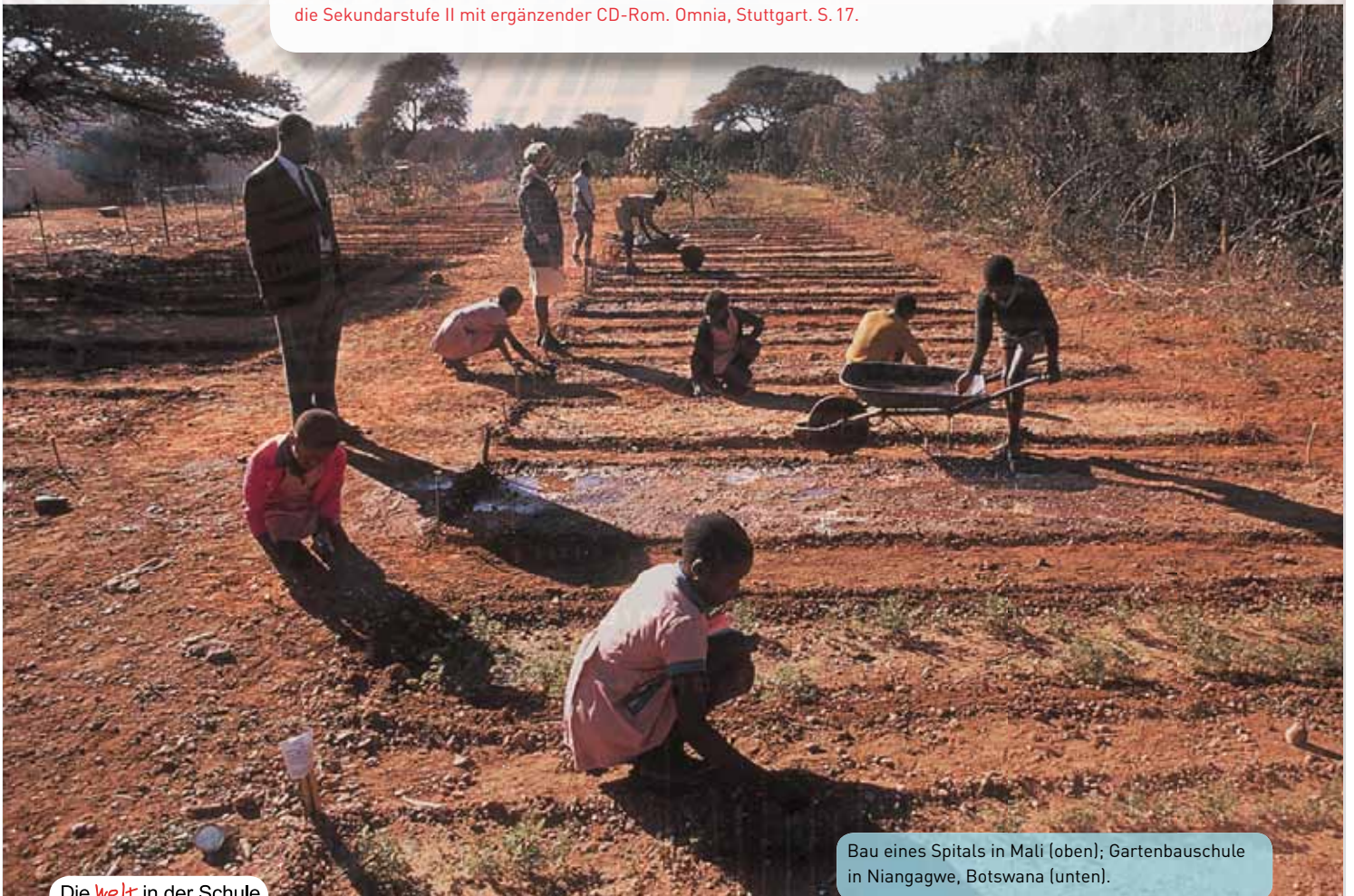


EXPERT/INNENGRUPPE 2

70er-Jahre: Befriedigung der Grundbedürfnisse

«Als Erstes müssen wir überhaupt Ziel und Zweck von Entwicklung definieren. Es kann sich nur darum handeln, den Menschen, nicht die Dinge, zu entwickeln. Menschen haben bestimmte Grundbedürfnisse: Nahrung, Unterkunft, Kleidung, Gesundheit und Bildung. Jeder Wachstumsvorgang, der nicht zur Befriedigung dieser Bedürfnisse führt oder sogar störend eingreift, ist eine Verkehrung des Entwicklungsgedankens. Wir befinden uns noch in einem Stadium, wo das Hauptanliegen der Entwicklung ist, wie weit die elementaren Bedürfnisse der ärmsten Teile der Gesellschaft, die bis zu 40 % der Bevölkerung ausmachen können, befriedigt werden können. Hauptziel des wirtschaftlichen Wachstums sollte es sein, die Verbesserung der Lebensbedingungen dieser Gruppe sicherzustellen. Ein Wachstumsprozess, der nur der wohlhabenden Minderheit nutzt und die Gefälle zwischen den Ländern und innerhalb der Länder noch vergrößert, ist keine Entwicklung. Es handelt sich vielmehr um Ausbeutung ...»

Quelle: Erklärung von Cocoyoc, zit. nach Engelhard, K. (2004): Welt im Wandel. Ein Informations- und Arbeitsheft für die Sekundarstufe II mit ergänzender CD-Rom. Omnia, Stuttgart. S. 17.



Bau eines Spitals in Mali (oben); Gartenbauschule in Niangagwe, Botswana (unten).



Neu wurde die Befriedigung der Grundbedürfnisse als Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum verstanden und nicht mehr umgekehrt. Die wachsende Masse der Armen sollte gesicherten Zugang zu den lebenswichtigen Gütern (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Energie) und Dienstleistungen (Gesundheit, Bildung, Kultur) haben. Es werden zwei Kategorien von Grundbedürfnissen unterschieden:

- **«Materielle Grundbedürfnisse** («basic needs»): Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheitsversorgung, Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung sind notwendige Voraussetzungen für das Überleben.
- **Immaterielle Grundbedürfnisse** («basic human needs»): Bildung, Unabhängigkeit, Rechtssicherheit, Selbstbestimmung der eigenen Lebensverhältnisse und Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sind Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben.»

«Dieses Konzept setzt Eigeninitiative, Mitbestimmung und Mitverantwortung der Menschen in *Entwicklungsländern* voraus, damit sie sich aus Abhängigkeit befreien und aus eigener Kraft helfen können. Hilfe von aussen gilt seither nur dann als entwicklungspolitisch sinnvoll, wenn sie sich auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Entwicklung und auf die Unterstützung von Selbsthilfe beschränkt und zu verstärkten Eigenanstrengungen motiviert (*Hilfe zur Selbsthilfe*). Die Linderung akuter Not, von Hunger und Elend ist vordringliche Aufgabe. Darüber hinaus aber geht es in der *Armutsbekämpfung* vor allem um Massnahmen zur Arbeitsbeschaffung,

zur Grundbildung und Gesundheitsvorsorge, um Kreditprogramme, letztlich aber auch um die Beseitigung von Strukturen, die Armut stabilisieren.»

Die internationalen Organisationen starteten Programme wie «Nahrung für alle» (*Food and Agriculture Organization, FAO*), «Gesundheit für alle» (*World Health Organization, WHO*), «Bildung für alle» (*United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, UNESCO*), «Arbeit für alle» (*International Labor Organization, ILO*). Die Entwicklungsverwaltungen änderten ihre Sprachregelungen und Programmtitel. Aber den grossen Aktionsprogrammen folgten nur kleine Taten. Gleichwohl trug die fortgesetzte Praxis der Kreditvergabe im Rahmen der Programme weiter zur Verschuldung der Entwicklungsländer bei. Die *Grundbedürfnisstrategie* rückte nur politisch in den Vordergrund und scheiterte an der Umsetzung.

Viele Entwicklungsländer standen der Grundbedürfnisstrategie misstrauisch gegenüber, da sie darin einen Versuch der westlichen Industrieländer sahen, eigene Industrialisierungsprogramme zu behindern und von den Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung abzulenken. Diese Forderungen der Entwicklungsländer zielten auf eine grundlegende Reform der Nord-Süd-Beziehungen ab. Die Industrieländer wurden aufgefordert, ihre entwicklungs- und wirtschaftspolitischen Massnahmen zu überdenken. So wurde z. B. die Subventionspolitik von Agrarexporten aus Industrieländern in Entwicklungsländer und Einfuhrbeschränkungen für Agrarimporte aus Entwicklungsländern in Industrieländer hinterfragt, da beides die landwirtschaftliche Entwicklung im Süden behindert.

Direktzitate: Engelhard, K. (2004): *Welt im Wandel. Ein Informations- und Arbeitsheft für die Sekundarstufe II mit ergänzender CD-Rom*. Omnia, Stuttgart. S. 15.

Weitere Quellen: Nuscheler, F. (2005): *Entwicklungspolitik. Lern- und Arbeitsbuch*. Dietz, Bonn. S. 79–80; Lemke, C. (2008): *Internationale Beziehungen. Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder*. Oldenbourg, München. S. 66.



Maismarkt in Chokwe, Tansania (oben);
Milchstand in La Paz, Bolivien (unten).



EXPERT/INNENGROUPE 3

80er-Jahre: Schuldenkrise und Strukturanpassung – ein «verlorenes Jahrzehnt»

An der Vollversammlung der Vereinten Nationen (United Nations, UN) 1980 wurde das jährliche Wachstumsziel für die Dritte *Entwicklungsdekade* (1981–1990) auf 7% hochgeschraubt. Wiederum wurde auf Wirtschaftswachstum als zentrales Mittel zur *Armutsbekämpfung* gesetzt. Die *Grundbedürfnisstrategie* war als «Armenpolitik» diskreditiert worden.

Um die gesetzten Ziele zu erreichen, sollten die *Entwicklungsländer* verstärkt in die Weltwirtschaft eingebunden werden und sich zu diesem Zweck vor allem auf Exportwachstum ausrichten. So wurden sie mit weiteren Krediten versorgt, um die exportorientierte Produktion zu steigern. Diese Kredite wurden neu an Bedingungen der Geldgeber gekoppelt: Die geforderten Strukturanpassungsprogramme des *Internationalen Währungsfonds (IWF)* zielten auf eine vollständige Liberalisierung der Wirtschaft. Import- und Exportmonopole wurden aufgelöst, unrentable Staatsbetriebe geschlossen und rentable privatisiert. Der öffentliche Dienst wurde durch Entlassungen verkleinert, und Sozialausgaben wurden gekürzt. Durch diese Strukturanpassungen sollten Ausgaben und Einnahmen der Entwicklungsländer ins Gleichgewicht gebracht und sollte so die Entwicklung gefördert werden. Die Kürzung von Staatsausgaben hatte vor allem für die Armen in den Entwicklungsländern drastische Folgen, denn die staatlichen Leistungen im Sozial- und Bildungsbereich wurden gekürzt. Dies führte zu einer Verschlechterung des Lebensstandards der armen Bevölkerung, und die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößerte sich.

Allerdings hatte sich schon vor 1980 eine schwere Wirtschaftskrise abgezeichnet. Das Pro-Kopf-Einkommen der ärmsten Länder war schon in den 70er-Jahren nur noch um 0,5% pro Jahr gestiegen. In den folgenden Jahren fielen in vielen Ländern die Wachstumsraten steil ab; zugleich verringerten sich aufgrund fallender Rohstoffpreise die Exporterlöse, und es türmten sich Schuldenberge auf. Auch einige ehemalige «Wirtschaftswunderländer» (wie Brasilien und die Elfenbeinküste) und Ölländer (Mexiko, Venezuela, Nigeria, Algerien)

gerieten in schwere Wirtschafts- und Sozialkrisen, denen politische Krisen folgten. Viele Schuldnerländer gerieten in Zahlungsschwierigkeiten und mussten den IWF um Hilfe bitten. Nach 1982 mussten die Entwicklungsländer für einige Jahre mehr Gelder für den Schuldendienst aufbringen, als ihnen aus dem Norden zufließen. In ihrer Zwangslage erschlossen sich manche Schuldnerländer nicht nur selbstzerstörerische neue Einnahmequellen, z. B. durch den Raubbau an den schwindenden Regenwäldern oder durch den Import von Giftmüll, sondern spielten sich auch gegeneinander auf den umkämpften Absatzmärkten aus. Weil sich die Zinn- und Kaffeeproduzenten nicht an vereinbarte Exportquoten hielten, trugen sie selbst zum Zusammenbruch des internationalen Zinn- und Kaffeeabkommens bei, der den Preissturz bei diesen beiden Produkten noch beschleunigte.

Grundsätzlich werden die 80er-Jahre als das «verlorene Jahrzehnt» der Entwicklung bezeichnet, da auch die Ansätze der 70er-Jahre gescheitert waren und ein neuer, überzeugender Entwurf nicht in Sicht war. Verloren aber auch, weil sich die reale Situation in einer wachsenden Zahl von Ländern dramatisch verschlechtert hatte. Die Verschuldungskrise blieb ungelöst; im Gegenteil, die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer verdoppelte sich in den 80er-Jahren auf über 1300 Mrd. US-Dollar und führte zu einer totalen Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industrieländern. Der Gesamtstrom der *öffentlichen Entwicklungshilfe* stagnierte weiterhin bei etwa 0,35% des Brutto-sozialproduktes. Infolge der Weltwirtschaftskrise schränkten die Industrieländer ihre Zahlungen entgegen den deklarierten Absichten im Rahmen eigener Sparmassnahmen ein. Die Zahl der am wenigsten entwickelten Länder stieg von 34 auf 42 an. Die Sondermassnahmen und Programme der frühen 80er-Jahre, die zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern führen sollten, konnten nicht realisiert werden. 1990 lebten 1,8 Milliarden Menschen weltweit weiterhin in Armut.



Quellen: Hüfner, K. (2002): Etappen der UN-Geschichte. S. 4.

URL: http://www.dgvn.de/fileadmin/user_upload/PUBLIKATIONEN/Basis_Informationen/bi-etappen.pdf (25.8.2011);

Nuscheler, F. (2005): Entwicklungspolitik. Lern- und Arbeitsbuch. Dietz, Bonn. S.80–81; Egli, H.-R. & Hasler, M. (Hrsg.) (2010): Geografie. Wissen und verstehen. Ein Handbuch für die Sekundarstufe II. hep, Bern. S. 296.



EXPERT/INNENGROUPE 4

90er-Jahre: Nachhaltige Entwicklung

«Die Schädigung und Zerstörung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen weltweit zeigt erhebliche Ausmasse und hat teilweise schon die Grenzen der Tragfähigkeit überschritten. Dabei muss der strukturelle Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Ansprüchen der Industriestaaten und der Schädigung der Umwelt in den *Entwicklungsländern* erkannt werden. Für eine *nachhaltige* weltweite *Entwicklung* müssen Umweltschutz, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Verantwortung so zusammengeführt werden, dass Entwicklung unter allen drei Aspekten dauerhaft tragfähig ist.

Während in den industrialisierten Staaten Umweltprobleme oft als Folge umweltschädlicher Produktions- und Konsummuster entstehen, sind in vielen Entwicklungsländern Armut, Bevölkerungswachstum, falsche Rahmenbedingungen sowie fehlendes Wissen über Alternativen die entscheidenden Faktoren für die Zerstörung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen.»

Quelle: BMZ (Hrsg.) (2009): Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2008/2009. Berlin. S. 258.

Wirtschaftliches Wachstum auf der Erde kann nicht in der Weise fortgesetzt werden, wie es in Industrieländern seit Mitte des 19. Jahrhunderts der Fall war. Weil die Ressourcen unserer Erde und die Belastbarkeit der Ökosysteme begrenzt sind, macht «Entwicklung» nur Sinn, wenn neben den Kriterien «wirtschaftliches Wachstum», «Grundbedürfnisbefriedigung» und «Friedenssicherung» auch die Belastbarkeit der Natur und der schonende Ressourcenverbrauch als massgebende Bestimmungsgrößen für Entwicklung anerkannt werden. Deshalb können die Industrieländer nicht mehr von der Entwicklungsdiskussion ausgeklammert werden.

Durch die Ergänzung um eine globale Umweltpolitik hat *Entwicklungspolitik* einen neuen Stellenwert bekommen: Sie ist zu einer Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche geworden, sowohl in den Industrieländern als auch in den Entwicklungsländern.

Nachhaltige, zukunftssichernde Entwicklung (sustainable development) ist eine globale Aufgabe, die sich an alle Länder richtet, an ihre gesellschaftlichen Gruppierungen und an Individuen; sie ist nur gemeinsam realisierbar. Trotzdem müssen Wege zur Realisierung regional und lokal nicht einheitlich sein: Unterschiedliche ökologische, kulturelle, soziale, politische, wirtschaftliche und historische Bedingungen sowie unterschiedliche Produktions- und Arbeitsweisen erfordern unterschiedliche Entwicklungswege.

Quelle: Engelhard, K. (2004): Welt im Wandel. Ein Informations- und Arbeitsheft für die Sekundarstufe II mit ergänzender CD-Rom. Omnia, Stuttgart. S. 15–16.



Selbstbestimmtes Handeln: Protestmarsch von Frauen in Bangladesch.



Die Entwicklungspolitik der 90er-Jahre stand im Zeichen der Hoffnung und Zuversicht. Mit dem Ansatz einer nachhaltigen Entwicklung setzte sich in einer beispielhaften Erfolgsgeschichte ein neues Paradigma durch, welches die Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Entwicklung ins Zentrum stellt. Eine zukunftsfähige, dauerhafte Entwicklung sollte es gegenwärtig lebenden Menschen ebenso wie den nachfolgenden Generationen ermöglichen, ihre Vorstellungen von gutem Leben zu verwirklichen.

Die Wahlmöglichkeiten der Menschen erweitern und ihre Fähigkeiten stärken – das ist gemäss dem UNO-Bericht zur menschlichen Entwicklung das Ziel. Der Ansatz zeigt, dass sich die Problematik der «Unterentwicklung» nicht auf ökonomische Fragen reduzieren lässt. Der Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen, die Bekämpfung von Hunger und Krankheiten, verbesserte Bildungsmöglichkeiten oder der Schutz der Umwelt gehören ebenso dazu wie das Mitbestimmen von Männern und Frauen aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen, das Aushandeln von unterschiedlichen Interessen und das Aufbauen von gemeinschaftlichen Strukturen. Entwicklung hat mit Macht zu tun und ist daher immer auch Politik.

Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung fand erstmals bei der Konferenz der Vereinten Nationen (United Nations, UN; oft auch United Nations Organization, UNO) für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro Eingang in die praktische Entwicklungspolitik. In der Agenda 21, dem in Rio vereinbarten Aktionsprogramm, haben sich die Teilnehmerstaaten verpflichtet, nationale Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten.

Quelle: Kreuz, A. und von der Ruhren, N. (Hrsg.) (2007): TERRA. Entwicklungsländer im Wandel. Leben in der «Einen Welt». Klett, Stuttgart. S. 136.

Quelle: Egli, H.-R. & Hasler, M. (Hrsg.) (2010): Geografie. Wissen und verstehen. Ein Handbuch für die Sekundarstufe II. hep, Bern. S. 296.

In den 1990er-Jahren haben sich die ausländischen Direktinvestitionen mehr als verfünffacht. Mexiko (1994), Asien (1997/98) und Brasilien (1999) litten unter Finanzkrisen.

Quelle: Woyke, W. (Hrsg.) (2008): Handwörterbuch Internationale Politik. Barbara Budrich, Opladen und Farmington Hills. S. 170.



Selbstbestimmtes Handeln für eine nachhaltige Entwicklung: Mitglieder einer Dorfgemeinschaft in Madagaskar treffen gemeinsam Entscheide (oben), biologischer Reisanbau (unten).



EXPERT/INNENGRUPPE 5

Seit 2000: Armutsbekämpfung – globale Strukturpolitik

Die aktuelle *Entwicklungsdekade* begann mit dem grössten Gipfeltreffen der Vereinten Nationen (United Nations, UN; oft auch United Nations Organization, UNO). Dieses fand im September 2000 in New York statt und verabschiedete die Millenniumsvereinbarung, welche unter anderem die acht *Millennium-Entwicklungsziele* (*Millennium Development Goals, MDGs*) festlegt. Bis 2015 sollen diese durch gemeinsame Anstrengungen erreicht werden.

Quelle: Engelhard, K. (Hrsg.) (2007): Welt im Wandel. Ein Informations- und Arbeitsheft für die Sekundarstufe II. Omnia, Stuttgart. S. 174.

Die UN-Millennium-Entwicklungsziele



Ziel 1: Bekämpfung von extremer Armut und Hunger



Ziel 2: Primarschulbildung für alle



Ziel 3: Gleichstellung der Geschlechter/Stärkung der Rolle der Frauen



Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit



Ziel 5: Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter



Ziel 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen schweren Krankheiten



Ziel 7: Ökologische Nachhaltigkeit



Ziel 8: Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

Quelle: Die UN-Millenniumentwicklungsziele.

URL: <http://www.un-kampagne.de> → Informier dich (1.9.2011).



«Die Weltgemeinschaft wird die vor ihr liegenden Herausforderungen nur meistern, wenn es ihr politisch gelingt, die Risiken der *Globalisierung* einzudämmen und ihre Chancen für die Bewältigung der globalen sozialen und ökologischen Zukunftsaufgaben zu nutzen. Voraussetzung dafür ist nicht zuletzt, die Menschen in allen Regionen der Welt [...] bei Problemlösungen zu beteiligen und ihre Interessen zu berücksichtigen. [...] [Die] *globalen öffentlichen Güter* (Frieden und Sicherheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Umwelt, Gesundheit und Kulturerbe, Zugang zu Wissen und Information, Markteffizienz), die eine ökologische, ökonomische, politische und soziale Komponente haben, müssen von der Weltgemeinschaft gesichert werden [...]. Leitgedanke ist der Interessenausgleich zwischen und in den Weltregionen einerseits und zwischen der jetzigen und zukünftigen Menschheitsgenerationen andererseits [...].»

Quelle: Wieczorek-Zeul, H. (1999): Aufgaben und Ziele globaler Strukturpolitik im 21. Jahrhundert. In: Jahrbuch Dritte Welt. C.H. Beck, München. S. 20 ff.

Kinder in den Slums von Khayelitsha, Südafrika (oben);
UNO-Generalversammlung (unten).



«Globale Strukturpolitik zielt auf die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Strukturen. Keine dieser Zieldimensionen kann losgelöst von den anderen nachhaltig erreicht werden. Sie fördern und begrenzen sich gegenseitig.

Ansichts der sehr unterschiedlichen Entwicklung der Weltregionen und einzelner Länder [...] muss [Entwicklungszusammenarbeit] massgeschneidert sein und die jeweiligen internen und externen Rahmenbedingungen berücksichtigen [...].»

Quelle: Engelhard, K. (2004): Welt im Wandel. Ein Informations- und Arbeitsheft für die Sekundarstufe II mit ergänzender CD-Rom. Omnia, Stuttgart. S. 19.

The Paris Declaration on Aid Effectiveness

2005 haben sich erstmals Geber- und Empfängerländer auf gemeinsame Grundsätze für die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) einigen können. Die fünf Grundsätze sind das Ergebnis langer Auseinandersetzungen und Erfahrungen eines halben Jahrhunderts EZA. An erste Stelle wird die Bedeutung der Eigenverantwortung gestellt: «Die Partnerländer übernehmen eine wirksame Führungsrolle bei ihren *Entwicklungspolitiken* und -strategien und koordinieren die entwicklungspolitischen Massnahmen.» Mit den vier weiteren Punkten wird die Bedeutung der Partnerausrichtung, der Geberharmonisierung, der Wirkungsorientierung und der Rechenschaftspflicht betont.

Quellen:

Sangmeister, H. & Schönstedt, A. (2010): Entwicklungszusammenarbeit im 21. Jahrhundert. Ein Überblick. Nomos, Baden-Baden. S. 45;

Niggli, P. (2008): Der Streit um die Entwicklungshilfe. Mehr tun – aber das Richtige! Hrsg. von Alliance Sud (Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas, Heks). Rotpunktverlag, Zürich. S. 126.

Ein Mitglied der OECD erwähnt die «Paris Declaration on Aid Effectiveness» in einer Rede zur MDGs.



Auch wenn die Erreichung der MDGs bis 2015 illusorisch ist, einige Erfolge können verzeichnet werden. Der Anteil der Armen, die in den *Entwicklungsländern* von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag leben, sank zwischen 1990 und 2005 von 46 auf 27 Prozent (MDG 1). In den Entwicklungsländern sind die Einschulungsquoten zwischen 1999 und 2008 im Schnitt von 82 Prozent auf 89 Prozent deutlich gestiegen. Die Zahl der Kinder, die keine Schule besuchten, fiel von 106 Millionen im Jahre 1999 auf 69 Millionen in 2008, davon 31 Millionen in Afrika südlich der Sahara und 18 Millionen in Südasien.

Quelle: UNDP (o. J.): Millenium Development Goals. URL: <http://www.undp.org/mdg/progress.shtml> (25.8.2011).





HINTERGRUNDTTEXT NEPAL – SCHWEIZ



Vom Käse über Brücken zum Politikdialog

Am Anfang stand eine Anfrage der nepalesischen Regierung an die Schweiz. Sie gab den Anstoss für ein langjähriges Engagement, das von Kontinuität und Veränderung geprägt ist. Dabei wird deutlich: Auch die Entwicklungszusammenarbeit selber hat sich im Lauf der Zeit entwickelt.

(gn) Nepal war bis Mitte des 20. Jahrhunderts ein unabhängiges, für die Aussenwelt praktisch unzugängliches Königreich. Dessen Eliten pflegten enge Verbindungen zu Indien. Aus diesen Kreisen kam 1948 der Anstoss für die Anfrage der nepalesischen Regierung an die Schweiz, mit der sie um beratende Unterstützung bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bat. Dabei standen die Hoffnung auf reiche Funde an Bodenschätzen wie Öl oder Gold sowie deren rasche und gewinnbringende Ausbeutung im Vordergrund. Doch es kam anders.

Im Oktober 1950 reisten vier Wissenschaftler der ETH Zürich für erste Abklärungen nach Nepal. Damals gab es keine durchgehend befahrbaren Strassen ins Land, nicht einmal in die Hauptstadt Kathmandu, geschweige denn Flugverbindungen. Die dreimonatige Expedition führte die Schweizer in eine abgeschiedene, aus westlicher Sicht rückständige und von grosser Armut geprägte Welt. Unter diesem Eindruck verfassten sie ihren Schlussbericht mit konkreten Vorschlägen, wie der nepalesischen Bergbevölkerung mit Verbesserungsmassnahmen in der Landwirtschaft oder mit dem Bau von Strassen geholfen werden könnte.

Die offizielle Schweiz bekundete damals weder Interesse, noch verfügte der Staat über Instrumente und Kredite, um das Nepal-Engagement weiterzuverfolgen. Trotzdem wurde mit dieser ersten Expedition der Grundstein für das langjährige, bis heute sich stets weiterentwickelnde Engagement der Schweiz in Nepal gelegt.

Von Käseproduktion bis Brückenbau

1952 reiste der Schweizer Agronom Werner Schulthess im Auftrag der *Welternährungsorganisation* FAO nach Nepal, wo er die Verarbeitung von überschüssiger

Milch zu Hartkäse initiierte, um den nepalesischen Bauern ein Einkommen zu ermöglichen. Für die Umsetzung wurden Käser aus der Schweiz nach Nepal geholt.

Bald schon zog dieser erste Schritt weitere Projekte nach sich: Mit der Käseproduktion erwachte das Bedürfnis nach verbesserter Milchleistung von Kühen und Yaks; aufgrund der Nachfrage nach handwerklichem Know-how für Bau und Unterhalt der Käsereien entstand 1957 die erste Lehrwerkstätte. Diese Aktivitäten erfolgten unter der Federführung des Schweizerischen Hilfswerks für aussereuropäische Gebiete (heute Helvetas), das 1956 erstmals einen Unterstützungsbeitrag von 50 000 Franken aus der Bundeskasse erhielt.

In den 1960er-Jahren baute die Schweiz ihr Engagement in Nepal in den Bereichen Berufsbildung, Wald- und Weidewirtschaft sowie Strassen- und Brückenbau weiter aus. Aus einer Nothilfeaktion für Tibeter, die nach dem Aufstand 1959 nach Nepal geflohen waren, entstand ein erfolgreiches Integrationsprojekt: Die von den tibetischen Flüchtlingen produzierten Teppiche gehörten zeitweise zu den wichtigsten Exportgütern Nepals.

Von Anfang an Hilfe zur Selbsthilfe

Typisch für diese erste Phase der *Entwicklungszusammenarbeit (EZA)* war, dass sich die Schweiz in Bereichen engagierte, die man kannte: Schon die erste Nepal-Expedition 1950 wurde mit dem Argument begründet, das gebirgige und landwirtschaftlich geprägte Binnenland Schweiz habe Ähnlichkeiten mit dem Himalajastaat und sei deshalb dazu prädestiniert, einen Beitrag zu leisten.

Naheliegender also, dass man bei der Suche nach Lösungen auf Altbekanntes zurückgriff. Das Beispiel vom Käse, für den es in Nepal anfänglich gar keinen Markt gab, illustriert dies sehr schön. Mithilfe von Berufsfachleuten – zeitweise arbeiteten weit über 100 Experten aus der Schweiz in Nepal – wurden in ausgewählten Bereichen und Regionen exemplarische «Modelllösungen» angestrebt.

Zwar gelang die Umsetzung nicht immer nach Wunsch, doch schon für die Pioniere der Entwicklungs-



zusammenarbeit stand eine langfristig angelegte *Hilfe zur Selbsthilfe* im Zentrum, die zusammen mit den Menschen vor Ort umgesetzt wurde. Dabei konzentrierte man sich auf die «technische Zusammenarbeit» und war darauf bedacht, sich aus gesellschaftlichen und politischen Fragen herauszuhalten.

Trotz Spannungen kein Rückzug

Bis heute dominiert ein ausgeprägtes Kastensystem die aus einer Vielzahl von ethnischen Gruppen zusammengewürfelte Gesellschaft Nepals. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit mass diesem soziokulturellen Kontext lange kaum Bedeutung zu. Man ging davon aus, dass sich die gesellschaftlichen Strukturen mit dem technischen Fortschritt den neuen Gegebenheiten von selber anpassen würden.

Dies führte dazu, dass in vielen Fällen ethnische Minderheiten oder Mitglieder unterer Kasten kaum von den Projekten profitieren konnten oder gar davon ausgeschlossen wurden. So unterstützte man im Bereich der Berufsbildung ein qualitativ hochstehendes Training, zu dem nur Studenten mit entsprechenden Vorkenntnissen zugelassen wurden. Damit blieb dieser Ausbildungsweg Jugendlichen der vermögenden städtischen Kasten vorbehalten. Da diese die technische Berufsausbildung aber nur als Zwischenschritt für ihre Karriere nutzten, konnte sich in der Folge auch der erhoffte *trickle-down effect* nicht einstellen.

Das Bewusstsein, wie wichtig der Einbezug des gesellschaftlichen Kontexts für die Entwicklungszusammenarbeit ist, erwachte erst, als sich die sozialen Spannungen in Nepal immer weiter zuspitzten und Ende der 1990er-Jahre in kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen maoistischen Rebellengruppen und der Regierung gipfelten.

Als Reaktion auf diese Entwicklungen gab die *Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)*, im Gegensatz zu vielen anderen Gebern, ihr Engagement trotz der bedrohlichen Situation nicht auf, sondern richtete ihr Programm neu aus. Jedes Projekt wird seither im Rahmen eines «konfliktsensitiven Ansatzes» auf seine Auswirkungen im aktuellen politischen Kontext hin untersucht: Dabei achtet man speziell darauf, durch Interventionen nicht noch Öl ins

Feuer zu giessen («do no harm»). Zudem werden heute Angehörige niedriger Kasten oder ethnischer Minderheiten sowie Frauen in den Schweizer Projekten und Programmen speziell berücksichtigt und gefördert.

Kleines Geberland, grosse Wirkung

Mit der Neuausrichtung in der Entwicklungszusammenarbeit engagierte sich die Schweiz nach dem Sturz der Monarchie auch auf diplomatischer Ebene im Bereich der Konfliktbewältigung und Friedensförderung. «Heute richten wir unser Engagement nach der Erkenntnis aus, dass ohne Frieden keine Entwicklung möglich ist – und umgekehrt, dass es Entwicklung braucht, um einen dauerhaften Frieden zu sichern», sagt Thomas Gass, Botschafter und DEZA-Länderdirektor in Kathmandu. Aufbauend auf die praxisnahe pragmatische Feldarbeit der 1950er-Jahre, entwickelte sich so aus den anfänglich aus der Schweiz importierten Ideen eine auf nepalesische Verhältnisse zugeschnittene Zusammenarbeit. Auch heute noch fliessen Erfahrungen und Resultate aus aktuellen Einzelprojekten im Feld in den Politikdialog und in nationale Programme ein.

Damit kann die Schweiz, obschon ein kleines Geberland, vergleichsweise viel bewirken, wie das Beispiel des Hängebrückenprogramms zeigt: Weil die Schweiz von Anfang an die Aus- und Weiterbildung von Handwerkern, Ingenieuren und Verwaltungsfachleuten förderte, ist Nepal gegenwärtig in der Lage, jährlich 200 Fussgängerbrücken mit eigenen Leuten und eigenem Know-how zu bauen. Die Schweiz beteiligt sich heute, zusammen mit anderen Gebern, im Rahmen eines Fonds sowie mit technischer Beratung auf Regierungsebene an der Weiterentwicklung des Brückenprogramms.

Quelle: DEZA (2011): Eine Welt Nr. 1/März. 50 Jahre DEZA. Mehr als Hilfe. S. 18–20.

URL: http://www.deza.admin.ch/ressources/resource_de_199002.pdf (27.7.2011).

Links: www.deza.admin.ch [Suche: Länder, Südasien, Nepal]
www.swiss-cooperation.admin.ch/Nepal.

Seit der Neuausrichtung des Nepal-Engagements Ende der 1990er-Jahre stehen nicht nur ethnische Minderheiten und Frauen, sondern auch Konfliktbewältigung und Friedensförderung im Fokus der Zusammenarbeit.



FRAGEN ZUR PARTNERSCHAFT SCHWEIZ - NEPAL

1. Was könnten Gründe dafür sein, dass die Schweiz eine schon über 50-jährige Partnerschaft mit Nepal pflegt?
2. Welche Art von Projekten wurde in den frühen *Entwicklungsdekaden* (50er- bis 70er-Jahre) durchgeführt? Und heute?
3. Welche Vorstellungen dieser Entwicklungsdekaden sind zu erkennen?

Erkenntnisse und Grundsätze

4. Was hat man aus den Erfahrungen mitgenommen? Wurde aus Fehlern gelernt?
5. Welche allgemeingültigen Grundsätze für erfolgreiche und nachhaltige *Entwicklungszusammenarbeit* könnten aus den Erfahrungen der Praxis abgeleitet werden?





MERKMALE EINER ZUKÜNFTIGEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT



Lesen Sie folgende Textausschnitte. Was könnten Merkmale der EZA in 10 Jahren sein? Halten Sie drei davon auf einem Flipchart oder an der Wandtafel fest und diskutieren Sie diese mit der Klasse.



Laut Kojo Busia, Mitarbeiter der UN-Wirtschaftskommission für Afrika, können heutzutage zwei Tendenzen beobachtet werden. Erstens hat die afrikanische Bevölkerung ein Selbstbewusstsein erlangt: «Lasst uns unseren eigenen Weg gehen und unsere eigenen Lösungen für unsere Probleme finden. Wenn Geberländer weiterhin finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, ist das begrüßenswert, doch sie sollten die Ideen vor Ort stützen.» Zweitens spielen China, Indien und andere sogenannte «Emerging Markets» eine enorm wichtige Rolle für Afrika. «Ihre Entwicklung ist abhängig von der Entwicklung Afrikas. Deswegen sind sie für Afrika so wichtige Partner. Sie wollen Geschäfte machen, sie behandeln uns als Partner und nicht als jemanden, dem man helfen muss. Ich weiss natürlich: China interessiert sich für die Menschenrechtslage oder die Arbeitsbedingungen der Länder nicht. Doch China sagt, das ist Afrikas Problem. Damit muss es selbst fertig werden.»

Quelle: Krimmer, M. (2010): Lasst uns unseren eigenen Weg gehen. In: Südwind-Magazin, Heft 11, S.8-9. URL: www.suedwind-magazin.at (25.8.2011). Das Interview spiegelt nur die persönlichen Meinungen von Kojo Busia wider und nicht die seines Arbeitsgebers.



Laut Martin Fässler, Leiter des DEZA-Direktionsstabs, verändert die enge Verknüpfung von globalen Herausforderungen und Entwicklungszusammenarbeit die Beziehung zwischen Helfern und Hilfesuchenden. «Das Geber-Nehmer-Modell wird bald überholt sein. EZA ist kein Akt der Barmherzigkeit mehr. Vielmehr sehen sich die Länder des Nordens und des Südens vor dieselben Herausforderungen gestellt, die sie auf unterschiedliche Weise betreffen.»

Quelle: DEZA (2011): Eine Welt Nr. 1/März. 50 Jahre DEZA. Mehr als Hilfe. S. 18-20. URL: http://www.deza.admin.ch/ressources/resource_de_199002.pdf (27.7.2011).



China ist für Tansania ein strategischer politischer und wirtschaftlicher Partner.